Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburgische Volkszeitung
1918

287 (12.12.1918)

urn:nbn:de:gbv:45:1-88075

Visual Library

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Vechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 M., durch die Post frei ins Haus 2.58 M.; einmonatlich 1.15 M., durch die Post frei ins Haus 1.29 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis und franko.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Petitzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamezeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

[Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft" wird während der Kriegszeit nicht beigefügt.]

Nr. 287. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postscheckkonto: Hannover 7908. | **Vechta, Donnerstag, 12. Dezember 1918.** | Zweiggeschäftsst. i. Oldenburg: W. Barelmann, Achternstraße 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Das neue Deutschland.

Bestochene Minister.

Man schreibt uns: Durch einen Funkspruch des früheren Gesandten der Sowjetrepublik Joffe ist festgestellt, daß der jetzige Minister Barth von Rußland mehrere hunderttausend Mark bekommen hat, um Waffen anzuschaffen und daß die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörigen Minister, insbesondere Haase, mit ihm im Einverständnis waren. Wir haben also hier den eklatanten Fall, daß **Mitglieder der deutschen Regierung von einer fremden Regierung mit hohen Summen bestochen worden sind, damit auf die deutschen Truppen, also auf ihre Landsleute, geschossen werden** kann. Sowohl Herr Haase als Herr Barth waren bereit, unter ihren deutschen Landsleuten ein Gemetzel anzurichten und die dem Feinde entronnenen deutschen Soldaten zu Gunsten ihrer Pläne hinmorden zu lassen. Eine Regierung, in der derartige Personen noch eine Stellung einnehmen, **verdient nicht mehr den Namen einer Deutschen Regierung.** Wir erwarten, daß mit Herrn Haase, Barth und Genossen demnächst gründlich abgerechnet werde, wenn die gegenwärtige Regierung überhaupt darauf Anspruch erheben will, als eine deutsche Regierung anerkannt zu werden.

Barth und Haase veröffentlichen dazu folgende Erklärung:

In einem Funkspruch des Genossen Joffe wird erklärt, daß ich von ihm Geld, Waffen und Munition erhalten habe. Ich erkläre hierzu, daß ich niemals weder von ihm, noch von irgend einem andern russischen Genossen Geld oder Waffen erhalten habe. Durch meine Hände gingen zur Vorbereitung und Propaganda der Revolution **mehrere Hunderttausend Mark, die ich lediglich von deutschen Genossen erhielt.** Ich habe den Gesandten Joffe nur einmal, etwa 14 Tage vor der Revolution gesehen und gesprochen, nachdem ich bereits den größten Teil der Waffen angeschafft hatte. Ferner erkläre ich, daß ich von der Waffenbeschaffung überhaupt der Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, insbesondere Haase, erst Mitteilung machte, als ich die Waffen besaß, sie also vor vollendete Tatsache stellte.

gez. **Emil Barth.**

Zum Funkspruch Joffes erkläre ich folgendes: Ich habe keine Kenntnis davon, daß die Vertretung der Sowjetregierung in Deutschland Waffen, die zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt waren, gekauft hat. Mein Kollege Barth hat, wie mir bekannt ist, **für den erwarteten Moment des Ausbruchs der Revolution Waffen für das deutsche Proletariat besorgt.** Von dieser Tatsache hat er mir erst, nachdem er bereits im Besitz von Waffen war, Mitteilung gemacht. Ueber die Zahl und das verwendete Geld besitze ich heute noch keine Kenntnis. Irgend eine Vereinbarung oder irgend ein Gespräch zwischen Joffe und mit oder zwischen ihm und anderen Mitgliedern der Parteileitung über Waffenbeschaffung hat nicht stattgefunden. Ich bin nicht einmal auf die Vermutung gekommen, daß Joffe für Waffenbeschaffung irgendwie tätig gewesen ist; **ich habe vielmehr angenommen,** daß einige wohlhabende Parteigenossen meinem Kollegen Barth Geld für diesen Zweck zur Verfügung gestellt haben. Die Parteileitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat nur ihre eigenen Propagandaschriften verbreitet und vermittelt.

gez. **Hugo Haase.**

* * *

Mit diesen lahmen Erklärungen ist natürlich die Sache nicht aus der Welt geschafft. Joffe hat festgestellt, daß Barth von Rußland mehrere hunderttausend Mark für Waffenbeschaffung erhalten habe. Demgegenüber behauptet Barth, der zugibt, „daß mehrere hunderttausend Mark zur Vorbereitung und Propaganda der Revolution" — durch seine Hände gingen, er habe das Geld lediglich von deutschen Genossen bekommen. Wenn man Barth Glauben schenken will, so bleibt doch noch die Frage, woher denn diese deutschen Genossen das Geld hatten. Zu der Harmlosigkeit des andern „Volksbeauftragten", der einfach sagt: **Mein Name ist Haase, ich weiß von nichts;** ich habe „angenommen", daß einige wohlhabende — deutsche Parteigenossen usw., können wir uns denn doch nicht aufschwingen. Jedenfalls scheint uns die Angelegenheit mit obigen Erklärungen nicht geklärt. **Die Feststellung Joffes bleibt bestehen.**

Staatssekretär Schiffer über Finanz- und Steuerfragen.

WTB **Berlin**, 10. Dez. Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik. Auf Einladung des deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Schiffer, gestern abend in dem Festsaale der Handelskammer zu Berlin vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Thema „Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik", in dem er u. a. ausführte:

Die erste Frage: **Wie ist unsere Finanzlage:** Die Antwort darauf kann nur lauten: „Unübersehbar". Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen wäre, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark und der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden sich belaufen, zusammen also **19 Milliarden Mark. Diese ganze Berechnung ist indes durch die Verhältnisse in Scherben** geschlagen worden. Neue Momente sind jetzt zu berücksichtigen. In erster Reihe die **Forderungen,** die die Feinde stellen werden. Auch die zukünftigen handelspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind uns unbekannt. Angesichts dieser und zahlreicher anderer unbekannter Größen ist die Aufmachung eines geregelten Finanzprogramms für jetzt und für die Zukunft zunächst unmöglich gemacht. Eins nur wissen wir vorläufig: **Wir leben von der Hand in den Mund. Alles ist unsicher, sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es jetzt getrieben wird.** Wenn das Wirtschaftsleben versagen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren.

Wenn wir unser Land betrachten, so ist es doch eher an Naturschätzen ein armes als reiches Wirtschaftsgebiet. Nach alledem ist es um so notwendiger, daß wir das, was wir haben, festhalten und **durch Arbeit** vermehren. **Das ist auch schon deshalb notwendig,** bis wir unseren Kredit stärken. Wir vergeuden Gelder durch unsachgemäße Staatswirtschaft, und wenn auch nicht etwa die 800 Millionen Mark, von denen in der letzten Zeit so viel die Rede war, in die Taschen der zahlreichen neuen Regierungsorgane geflossen sind, so ist **doch tatsächlich viel Geld verausgabt worden, das selbst unter Berücksichtigung der anormalen Verhältnisse nicht hätte verausgabt zu werden brauchen. Dazu kommen die Materialvernichtungen,** die Wegnahme von Heeresmaterial durch Plünderungen, unerlaubte Auktionen und dergleichen. Wer sich daran beteiligt, hat sich an unserem Volke versündigt. Eine richtige Verteilung der Arbeitskraft wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter nicht nur nach den Großstädten ziehen, sondern auch auf dem flachen Lande produktive Tätigkeit ausüben. Freilich ist nicht überall heute in der Industrie ein Bedarf an Arbeitern. Zudem wird den Unternehmern durch mancherlei Eingriffe, berechtigt und unberechtigt, in die gewerbliche Tätigkeit das Leben sehr erschwert. **Die Arbeit versagt und damit versagt auch der Kredit im In- und Auslande.** Das Ausland hat die Besorgnis, es gehe in Deutschland alles drüber und drunter. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschüttert ist, so besteht auch die Gefahr, daß wir einen Frieden roher Gewalt bekommen. **Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetze schaffen.** Nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die **direkten Steuern** werden, soviel ist gewiß, antiplutokratisch sein, aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Stellung finden, die das Kapital im Wirtschaftsleben einnimmt. Bei aller Belastung, die die Steuern bringen werden, dürfen sie eine günstige Folgeerscheinung haben: Eine Senkung der Preise. Es ist nicht möglich, schon jetzt Steuergesetze zu erlassen. Ausnahmen sind allerdings möglich. Ein neues Kriegssteuergesetz wird insbesondere unter rückwirkender Kraft vom Jahre 1914 ab die **großen Kriegsgewinne restlos** erfassen, die kleineren Ersparnisse hingegen nach Möglichkeit schonen. Neben der Kriegssteuer wird eine **Vermögensabgabe** kommen, die sich nicht nur nach der Verschiedenheit der Objekte (ob bares Geld, ob Wertpapiere, Grundbesitz und Fabrikanlagen) richten, sondern auch nach der Verschiedenheit der Subjekte (Alter, Arbeitsfähigkeit). Die Vermögensabgabe soll in Raten erhoben werden und man kann vielleicht daran denken, der Vermögensabgabe teilweise die Gestalt einer Zwangsanleihe zu geben, so daß der Steuerpflichtige für spätere Zeiten mit einem Rückempfang der Abgabe oder eines Teiles der Abgabe rechnen kann. Bei der Steuerzahlung wird die Kriegsanleihe eine größere Rolle spielen als bisher. Es wird angeblicherweise bei der Vermögensabgabe die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht.

Als weitere direkte Steuer erwähnte der Redner eine **Anpassung der Besitzsteuer an die Vermögensabgabe,** einen Aufbau der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer, wobei die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reiche vorbehalten und deshalb eine **neue Reichseinkommensteuer** geschaffen werden soll. Dann wird eine **Betriebssteuer** gedacht, die sich gleichsam an die Quelle hoher Beträge gewerblicher Unternehmungen anpassen soll, an eine **Kapitalrentensteuer,** wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, an einen **Ausbau der Erbschaftssteuer,** die auf die Abkömmlinge auszudehnen ist und bei deren Höhe auch berücksichtigt werden soll, in welchem Vermögensverhältnis sich der Erbe befindet. Ein reicher Erbe soll den ihm durch Erbschaft zufallenden Zuwachs an Vermögen höher besteuern als jemand, der bisher ohne Vermögen war.

An **indirekten Steuern** nannte der Staatssekretär als steuerlich zu erfassendes Objekt in erster Reihe den Tabak, und zwar soll man die Zigarettensteuer, die jetzt von einem Höchstpreis für Zigaretten von 7—9 Pfg. für die Zigarette ausgeht, obwohl in Wirklichkeit der Preis der Zigarette höher ist, entsprechend abändern. Die Zuckersteuer wird erhöht werden müssen. Im Grundstücksumsatz wird anstelle der jetzigen vielfachen Besteuerung eine freilich mit einer Erhöhung verknüpften Vereinfachung zu treten haben.

Vor allem aber wird die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten, und zwar ist auch hier daran gedacht, die Besteuerung von Luxuserzeugnissen und ähnlichen Gegenständen zu erweitern. Vor Sicherung aller dieser Abgaben wird eine sehr peinliche Rechtsaufsicht erforderlich sein. Um das zu erreichen, werden nicht nur Beamte, die so ausgebildet werden müssen, daß sie die verschlungensten Fäden aufspüren können, mitwirken, sondern auch Sachverständige aus dem praktischen Leben. Hohe Strafen werden gegen Steuerverfehlungen festgesetzt werden müssen; insbesondere wird der, der eine Steuerpflicht verletzt, öffentlich gerichtet werden. Es muß verhütet werden, daß zum Zwecke der Steuerhinterziehung Waren in das Ausland gelangen. Für die Bankguthaben wird eine Anzeigepflicht stabiliert werden, die auf die Zeit vor der Revolution zurückgeht. Den Versicherungen bei ausländischen Gesellschaften muß nachgeforscht werden.

Alle Steuern, so groß ihre Last auch ist, werden nicht ausreichen, um dem Reiche die Tragung der Lasten zu ermöglichen. Vielmehr wird eine unmittelbare Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben notwendig sein, wie wir sie bereits haben durch den Besitz an Eisenbahnen, durch die Post, durch Bergwerke, durch die Beteiligung an der Stickstoff- und Aluminiumgewinnung. So betrachtet, ist die Sozialisierung, von der jetzt so viel die Rede ist, nichts Neues. Dies darf freilich nicht unbegrenzt und schematisch durchgeführt werden. Das würde eine große Gefahr für uns sein, insbesondere auch deshalb, weil man sich damit die Steuerquellen abgraben könnte. Aber die Gefahr liegt in Wirklichkeit nicht vor. Die Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisierung nur schrittweise durchgeführt werden soll, daß nicht an Experimente gedacht wird und individuell geprüft werden wird, ob die in Frage kommenden Objekte reif sind oder nicht. Ausgeschlossen sind von vornherein die Gebiete der Ein- und Ausfuhr und Industrien, deren technische Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Ausgeschlossen ist ferner jede Konfiskation ohne Entschädigung. Als Monopole kommen vielleicht das Versicherungswesen, die Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung usw. in Betracht. Die Sozialisierung braucht aber nicht immer in der Schaffung von Monopolen zu bestehen; man kann an eine Beteiligung des Staates denken, also an eine gemeinwirtschaftliche, und an die Bildung von Syndikaten und Kartellen, wobei der sich hierbei aus der Verbilligung der Produktion ergebende Sondergewinn dem Reiche zufallen könnte.

Dies ist, so fuhr der Redner fort, der Grundriß zum Bau. Wird es zum Bau kommen? Das hängt davon ab, wie sich unsere Feinde uns gegenüber verhalten. Ich rufe nicht um Gnade und bitte nicht um Milde, sondern ich rufe das Recht und die Vernunft an. — Der Staatssekretär wies hierbei darauf hin, daß wir uns nur bereit erklärt hätten, Frieden im Sinne der Wilsonschen Friedensvorschläge zu schließen, und er betonte weiter, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten. Denn ein Schuldner könne nur etwas leisten, wenn man ihm die Möglichkeit gäbe, sich neu zu entfalten. Nach dem Siegesrausch werden auch unsere Feinde zu der Erkenntnis gelangen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt. Von uns selbst verlange ich, so schloß der Redner, außer Vernunft auch Vaterlandsliebe, Mut und Vertrauen. Helfen Sie mir alle, das Gespenst des Bankerotts zu verscheuchen. Es geht um alles, es geht ums Ganze; es gilt mit unseren Kräften zu retten, was zu retten ist. Wir dürfen nicht zagen und klagen. Was uns zu tun bleibt, ist die Erfüllung unserer Pflichten im Interesse der deutschen Zukunft.

Die Diktatur des Proletariats in Bremen.

Der Bremer Senat hatte dem ASR. den Vorschlag gemacht, wegen der großen eingetretenen Schwierigkeiten **Senat und Bürgerschaft** als gesetzgebende Körperschaft **wieder einzusetzen** unter dem Vetorecht des ASR. In der Montagssitzung des ASR. wurde nun mit 173 gegen 34 Stimmen die Wiedereinsetzung **abgelehnt.** Das radikale Mitglied **Ertinger** bezeichnete die ASR., die sich bisher auf den alten bürgerlichen Rechtsboden gestellt hätten, als **Karikatur** der russischen ASR. Das sei eine Halbheit. Es müsse jetzt heißen, Senat und Bürgerschaft oder ASR. Von Seite der Mehrheitssozialisten betonte demgegenüber Rhein die Schwierigkeit, den Verordnungen und Verfügungen des ASR. Gesetzeskraft zu verleihen und wies vor allen Dingen auf die **Unmöglichkeit hin, Anleihen des ASR. unterzubringen.** Der Vorschlag des Senats bewiese, daß es Senat und Bürgerschaft, die nur gesetzgeberische und finanzielle Fragen erledigen sollten, nicht darauf ankäme, wieder die politische Macht zu erlangen, sondern daß ihnen **lediglich daran läge, die Staatsmaschine im Gange zu erhalten.** Diese Ausführungen des Herrn Rhein wurden unterstützt durch die Herren Dammer, Sommer, Deeters und Peine, von denen der erstere ausführte, daß die Vernunft siegen würde, ganz gleich, wie der ASR. beschließen wollte. Schon jetzt wären 3000 Arbeitslose in Bremen, und in den nächsten Tagen würden es bedeutend mehr sein. Um die Arbeitslosen unterzubringen, wären bereits 2,5 Millionen Mark aufgenommen, und es müßten noch bedeutend mehr Gelder für diesen Zweck aufgenommen werden müssen. **Kein Kapitalist der Welt aber würde auf eine Anleihe des ASR. Geld hergeben.** Wenn man bedenke, daß die Reichsmark im Auslande jetzt 42 ₰ gelte und wenn man in Betracht zöge, welche Schwierigkeiten die Reichsregierung hätte, um überhaupt mit dem Ausland in Kredit zu kommen, wenn man weiter bedenke, daß Großhandel und Großkapital ihren Kredit im Ausland unbedingt aufrecht erhalten müßten, dann müßte man sich sagen, daß die ASR. in den finanziellen Fragen durchaus keine gesicherte Machtstellung einnähmen. Es ginge also gar nicht anders, als es vorgeschlagen wäre. Für diesen vernünftigen Standpunkt hatten die Radikalen kein Interesse. Zur **Beschaffung der Gelder** hatte das radikale Mitglied **Klavitter** ein äußerst einfaches Rezept, natürlich nach russischem Muster. Er sagte, **man wüßte, wo die Banken stünden und die Kapitalisten säßen und würde einfach hingehen und das Geld holen.** Ertinger fordert die ASR als Kontrollinstanz zu beseitigen. Der Weg könne nur heißen: Senat und Bürgerschaft oder **Arbeiter- und Soldatenrat, das heißt Diktatur des Proletariats.** Auf diesen Boden stellten sich auch weitere Redner, von denen der Vorsitzende des SR. Ecks sagte, daß die Wiedereinsetzung bedeuten würde, mit der Reaktion einen Geburtstag der neuen Reaktion zu feiern. Wenn jetzt Leute kämen, die nicht mehr ein und aus wüßten, dann wären sie unfähig, als Leiter der Revolution zu gelten. Das wären Schafsköpfe, und Schafsköpfe könnte man nicht gebrauchen. Die sollten weggehen und anderen Platz machen. In Hamburg hätte man acht oder vierzehn Tage nach der Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft versucht, den ASR. abzuputschen und ins Gefängnis zu werfen. Auch hier würde man sein blaues Wunder erleben. **Die Soldaten würden sich auch nicht scheuen, da hineinzugehen, wo sie das Geld wüßten und es zu holen, wenn sie es brauchten.**

Wohin uns die Arbeit nach solchen Rezepten führen wird, kann sich jeder ausdenken.

Die Regierung gegen die Spartakusgruppe.

Berlin, 10. Dez. Zwischen dem Reichskabinett und dem Vollzugsrat sind Verhandlungen aufgenommen zur Ergreifung von gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Fortsetzung der Liebknechtschen Propaganda. Die Verhandlungen zielen ab auf die **unbedingte Entwaffnung aller nichtstaatlichen Instanzen und aller Privatpersonen.** Die Verhandlungen haben **bisher zu einem abschlie-**

Landesbibliothek Oldenburg

henden Resultat nicht geführt. Das Verbleiben der Mehrheitssozialisten im Kabinett wird von dem Ausgang der Beratungen abhängig gemacht.

Berlin, 10. Dez. Nach Versicherungen der Liebknechtanhänger in den heutigen Spartakusversammlungen ist die Liebknechtgruppe angeblich im Besitze von mehr als 50 Maschinengewehren. Zwei Drittel der Arbeiterschaft der Berliner Munitionsfabriken hätten sich auf die Seite Liebknechts gestellt.

Schon im Januar Wahlen?

Hamburg, 10. Dez. Das „Hamburger Echo" meldet: Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen für die Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern schon in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden.

Die Entente gegen A.- u. S.-Räte und die jetzige Regierung.

× Köln, 10. Dez. Wie die „K. Z." zuverlässig erfährt, bestätigt sich die Meldung, daß der Vielverband die Auflösung sämtlicher A.- u. S.-Räte fordern wird. Die Bekanntgabe der Note des Vielverbandes steht unmittelbar bevor. Die bayerische Gesandtschaft in der Schweiz hat bereits eine Erklärung des Verbandsvertreters erhalten. **Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit dem A. u. S.-Rat ab, sondern auch jede endgültige Regelung mit der gegenwärtigen Regierung,** die er als eine einseitig sozialistische Regierung als nicht legitimert erachtet, im Namen des Volkes zu sprechen.

Nach einer Erklärung Pichons am Sonnabend wird die gegenwärtige deutsche Regierung weder von den Alliierten, noch von den Neutralen anerkannt. Pichon versicherte, die Alliierten würden, wenn die nächsten vier Wochen nicht eine Gesundung der deutschen Verhältnisse und eine **Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland brächten, in Deutschland gesetzliche Organe einsetzen. Einen etwaigen Staatsbankerott Deutschlands aber würden die Alliierten durch sofortige Besetzung der deutschen Gruben, Hüttenwerke und Industrien für die Entente unwirksam machen.**

„Daily Mail" meldet: Lloyd George sprach am Freitag zu Vertretern der Arbeiterpartei. Er sieht durch die traurigen Ereignisse in Deutschland den Frieden noch ferngerückt. Eine Regierung, die jeden Tag von Maschinengewehren vertrieben werden könne, sei kein ernst zu nehmender Faktor für Friedensverhandlungen. Vorläufig heiße es für England, weiter zu kämpfen bis zum Siege der Freiheit und der Demokratie in Deutschland.

× Berlin, 10. Dez. Innerhalb der englischen Regierung sind in den letzten Tagen Stimmen laut geworden, welche von der Regierung fordern, daß sie sich nicht an Friedensverhandlungen beteilige, an denen die Vertreter der deutschen A.- und S.-Räte oder der Umsturzparteien teilnehmen, die nicht zur Regierung gehören. Diese Auffassung besteht auch in Frankreich und wird auf der am 12. Dezember in London beginnenden Aussprache beraten werden.

Der Ruf nach dem Reichstag.

WTB. Köln, 10. Dez. Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer richtete laut „Köln. Volksztg." heute folgendes Telegramm an den Präsidenten Fehrenbach: „Namens der Metropole der nach untrüglichen Mitteilungen aufs äußerste gefährdeten Rheinlande bitte ich aufs dringendste, den Reichstag zur Bestätigung der Regierung Ebert-Haase nach Limburg a. d. Lahn oder Koblenz sofort einzuberufen. Eine zu Friedensverhandlungen fähige Regierung sofort herzustellen, ist die dringendste nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich."

WTB. Köln, 10. Dez. Nach der „Köln. Ztg." sagte Oberbürgermeister Clostermann in Koblenz in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats: **Frankreichs Absichten zielen auf Einverleibung des ganzen Rheinlandes hin.** Die Belgier und Italiener unterstützten sie, und England werde keine Schwierigkeiten machen, nur Amerika sei dagegen. Deshalb müsse **schleunigst der Reichstag einberufen** werden zur Anerkennung der Reichsregierung. Er schlug telegraphisch der Reichsregierung die Einberufung des Reichstags nach Kassel oder Koblenz vor.

Exjesuit Graf Hoensbroech Berater des Kultusministers Hoffmann!

Wie der „Köln. Volksztg." von vertrauensmürdiger Seite mitgeteilt wird, hat auch der bekannte Exjesuit Graf Hoensbroech seine Hand bei den neuen Verfügungen Adolf Hoffmanns im Spiele und versieht das Kultusministerium mit Anregungen.

Diese Mitteilung wird in weiten Kreisen eine starke Erbitterung hervorrufen. Kein Mann in ganz Deutschland hat seit einem Vierteljahrhundert der katholischen Kirche, ihrer Lehre und ihren Einrichtungen so viel gehässige Feindschaft bewiesen, als dieser Graf Hoensbroech. Wo nur immer eine antikirchliche Propaganda auftauchte, war er gleich mit von der Partie, und nun entpuppt er sich auch jetzt wieder **als Einpanker bei dem Kampfe, in dem das gegenwärtige sozialdemokratische Kultusministerium in Preußen der katholischen Kirche die Lebensader unterbinden will.**

War das notwendig?

7.

Daß die Revolution **nicht notwendig** war, ersehen wir zudem aus der Huldigung, welche große Politiker vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie der im Oktober geschaffenen **Volksregierung** seinerzeit widmeten. **Erzberger schrieb damals in der Norddeutschen Allg. Ztg.: „Der neue politische Volksstaat bietet alle Garantie, daß in ihm das politische Wohl der Mehrheit des Volkes zum Ausdruck kommt und die Innere und äußere Politik des deutschen Reiches beherrscht.** Die Zeit der unverantwortlichen Nebenregierungen ist vorbei. Das deutsche Volk entscheidet selbst über sein Geschick. Was die Führer der großen Parteien des Reichstages zu verschiedenen Zeiten und von verschiedenen Wegen herkommend, was Gröber, Bassermann, Eugen Richter, Müller-Meiningen, Bebel, Heine angestrebt haben, ist in gemeinsamer Zusammenarbeit erreicht. Das deutsche Volk hat diese Entwicklung zu seinem eigenen Besten vollzogen, zu innerer Freiheit und Verantwortlichkeit, und hat sich damit eingeordnet in die Reihe der parlamentarisch regierenden Großmächte. Die spätere Zeit wird erst diese Entwicklung in ihrer ganzen Größe vollauf fassen können; aber schon jetzt haben wir alle Veranlassung, auf unseren neuen Volksstaat stolz zu sein und geloben, ihm unsere ganzen Kräfte zu widmen, im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die jeder einzelne Bürger für den Staat trägt." — Auch Ebert äußerte sich in der Reichstagssitzung vom 22. Oktober zur neuen Volksregierung mit folgenden Worten: „Das Recht der Selbstbestimmung wird das deutsche Volk sich nie wieder entwinden lassen. Der 5. Okt. ist der Geburtstag der Demokratie. Das deutsche Volk will und wird frei sein." Auch Eberts Fraktionskollege Landsberg erklärte in der Reichstagssitzung vom 26. Oktober: „Mit voller Ehrlichkeit geben wir zu, daß diese Anträge von größter Bedeutung sind. Durch sie wird die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten in die Hände des Volkes gelegt. . . . Wir haben den besten Glauben in unser Volk. Es wird sich wieder aufrichten. Wir verlegen den Staat in das Volk."

Wenn man all dieses nun betrachtet, dann fragt man sich nochmals: „War diese Revolution nun wirklich notwendig? War es notwendig, dem deutschen Volke nach den vier harten Kriegsjahren noch diese Belastung aufzubürden? War das notwendig?"

Zum Waffenstillstand.

Besetzung der deutsch-polnischen Gebiete durch die Polen und Amerikaner.

WTB. Berlin, 11. Dez. (Drahtb) Nach einer Mitteilung der „Deutsch. Allg. Z." sind die polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Holler nach Le Havre abgereist, wo sie sich nach Danzig einschiffen werden, um die Provinz Posen und Schlesien zu besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufzuschlagen. Das genannte Blatt gibt die Nachricht mit einem Fragezeichen wieder.

Zu den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 10. Dez. Wie wir hören, haben die am 12. Dezember in Trier beginnenden Verhandlungen betreffend Verlängerung des Waffenstillstandes Aussicht auf Erfolg. Es darf aber jetzt schon kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Entente neue Bedingungen stellen wird und daß diese Bedingungen sehr schwer sein werden. Wie wir weiter erfahren, soll in Trier auch über die Herbeiführung eines Vorfriedens verhandelt werden. Die Ententevertreter sollen geneigt sein, deutsche Vorschläge hierfür entgegenzunehmen. Die eigentliche Beratung und die Entscheidung hierüber hat sich die Entente jedoch vorbehalten. Erst das fertige Ergebnis dieser Entente-Besprechungen würde Deutschland vorgelegt, und zwar soll das Mitte Januar der Fall sein. Die deutschen Delegierten würden erst dann zu den Schlußberatungen über die Friedensbedingungen hinzugezogen werden. Ende April oder Anfang Mai könnte der endgültige Friedensvertrag unterzeichnet werden.

Behauptungen Fochs.

WTB. Amsterdam, 10. Dez. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" berichtet „Daily Mail", daß Foch auf der letzten Konferenz der Alliierten mitteilte, daß Deutschland in einigen Punkten die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens nicht vollständig ausgeführt habe, z. B. was die Auslieferung des Eisenbahnmaterials betreffe. Die Angelegenheit sei Foch ganz überlassen worden, der die Vollmacht erhalten habe, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen mit den ihm geeignet erscheinenden Mitteln zu erzwingen.

Anerkennung der Notlage Deutschlands.

TU. Zürich, 10. Dez. Die Verbündeten stehen hinsichtlich der Notlage Deutschlands auf dem Standpunkt, daß die Lieferung von Lebensmitteln erforderlich sei, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in den größeren und großen Städten, jedoch nicht auf dem flachen Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesen Gesichtspunkten vollziehen, und es sei bereits berechnet worden, daß 37 Millionen Deutsche zu versorgen seien. Ein entsprechender Vorschlag liege den zuständigen Stellen bereits vor, doch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Frankreich.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

WTB. Bern, 10. Dez. (Drahtb.). Pariser Blätter teilen mit, daß Sonntag nachmittag eine große Versammlung im Pariser Gewerkschaftshause stattgefunden hat, in der der Acht-Stundenarbeitstag, Demobilisation und allgemeine Amnestie gefordert wurde. Das Blatt Populaire, das als einziges Blatt weitere von der Zensur stark gekürzte Mitteilungen macht, berichtet ferner, daß die Versammlung Gerechtigkeit und allgemeine Verbrüderung verlangt hat. Die Notwendigkeit der Aktion zu Gunsten der sozialen Revolution wurde immer wieder betont.

Die Völkerliga für den Völkerbund.

WTB. Bern, 10. Dez. (Drahtb.) Der Generalrat des französischen Verbandes der Völkerliga hat der französischen Regierung eine Vorlage zugehen lassen, wonach die alliierten Regierungen nach und vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz feierlich bekunden sollen, daß sie grundsätzlich die Bedingungen für den Völkerbund festlegen und sich verpflichten, daß sie diese Abmachungen immerdar einzuhalten bestrebt sein werden.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlordnung zur Nationalversammlung.

WTB Wien, 10. Dez. Der Wahlreformausschuß hat heute den vom Staatsrat vorgelegten Entwurf der Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung angenommen.

Verschiedene Nachrichten

Die Alliierten und das deutsche Vermögen.

Bern, 10. Dez. Nach einer Mitteilung aus Paris werden die **Alliierten die Beschlagnahme oder teilweise Einziehung der Privatvermögen und Kapitalien** in Deutschland durch eine sozialistische Regierung **nicht zulassen,** da diese Kapitalien zum finanziellen Unterpfand der Alliierten für die Schadenersatzforderungen an Deutschland gehören.

Kleine Nachrichten.

Poincare besuchte am Dienstag Straßburg, der Oberbürgermeister überreichte ihm die Schlüssel der Stadt, worauf Poincare versicherte, daß Frankreich die Schlüssel Straßburgs in guter Hut halten und sie niemals wieder von irgend jemand nehmen lassen wird.

Wilson wird, wie vom Dampfer „George Washington" drahtlos gemeldet wird, nicht persönlich an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wohl aber mit den leitenden Personen in Fühlung stehen.

Sämtliche männlichen Mitglieder des Hohenzollernhauses sollen nach der Morningpost auf den Thron verzichten.

Clemenceau bestätigte die Wiedererrichtung der französischen Verwaltungen in Elsaß-Lothringen.

Im Ruhrrevier streiken 5000 Mann. Sie fordern 20 Mk. Mindestlohn für den Tag.

30 Milliarden Mark schulden die Alliierten den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die tschecho-slowakische Armee ist von der Entente anerkannt worden. Sie hat die Aufgabe, die Slowakei zu besetzen.

Die polnische Regierung wünschte von der Entente die Absendung einer Mission zur Untersuchung der jüdisch-polnischen Verhältnisse an Ort und Stelle.

Der griechische Ministerrat besucht Rom und Paris.

Marschall Haig kehrte am 20. Dezember von Frankreich nach England zurück.

Die deutsch-böhmischen Arbeiter kündigen den Generalstreik beim Anmarsch der tschechischen Truppen an.

Für eine Vereinigung Portugals mit Brasilien tritt der Pariser „Matin" ein.

Wien soll nach neueren Meldungen von der Entente nicht besetzt werden.

Russischen Vertretern zur Reichskonferenz der ASR. am 13. Dez. wird die Einreise in Deutschland verweigert.

Eine große Anzahl holländischer Kohlendampfer, die vor 14 Tagen nach England fuhren, werden vermißt.

Die Besetzung Kölns durch die Engländer wird von der englischen Presse als das aufsehenerregendste Ereignis des Krieges hingestellt.

In Cherbourg sind 5 deutsche U-Boote eingetroffen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben die Wiedervereinigung mit der Mehrheit abgelehnt. Sie werden den Wahlkampf überall gegen die Mehrheitssozialisten führen.

Wilson wird dem Papst am 23. Dez. einen Besuch abstatten.

Der deutsche Gesandte in Spanien, Graf Rabibor, ist von Romanones wegen angeblicher Spionagepropaganda ausgewiesen worden.

Lemberg wird von den Ukrainern belagert. In der Stadt herrscht Hungersnot, sodaß der Fall der Stadt stündlich erwartet wird.

Der deutsche Kronprinz hat einem Vertreter der Associated Preß gegenüber unter Eid erklärt, daß der angebliche Kronrat, in dem der Krieg beschlossen sein soll, nicht stattgefunden habe.

Hindenburg wird sich nach vollendeter Demobilisation in der Nähe von Lüneburg zur Ruhe setzen. Er hat sich als Wohnsitz das eine Viertelstunde von Lüneburg gelegene Kloster Lüne ausgewählt.

Für den Kaiser Wilhelm und seine Familie wird das Landgut Belmonte bei Wagnigen **als zukünftiger Wohnsitz eingerichtet.**

Deutsches Rei

Aenderungen im Auswärtigen

WTB. Berlin, 11. Dez. (Drahtb.) Der Deutschen Allg. Z. zufolge sind verschiedene wichtige Aenderungen im Auswärtigen Amte zu verzeichnen. Der langjährige Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Kriege sowie einige der älteren Räte dieser Abteilung sind zur Disposition gestellt oder werden verabschiedet.

Kleine politische Nachrichten.

Eine **studentische Ortsgruppe der deutschen Zentrumspartei** hat sich in Berlin gebildet. Die Ortsgruppe plant Versammlungen, Besprechungen im engeren Kreise und lebhafte Agitation. Auch nichtkatholische Studenten nehmen an der Bewegung interessierten Anteil.

Großadmiral v. Tirpitz befindet sich nicht in der Schweiz, sondern hält sich in Deutschland auf.

Das **Kriegsministerium** hat angeordnet, daß weitere Zerstörungen der noch vorhandenen **Kirchenglocken** nicht vorgenommen werden sollen. Die Kriegsmetall-A. G. soll den Versuch machen, die erhaltenen Exemplare wegen ihrer Herkunft zu identifizieren, die noch vorhandenen Glocken sollen den ursprünglichen Besitzern gegen Rückerstattung des seinerzeit von der Kriegsmetall-A. G. gezahlten Preises zurückgegeben werden.

Die Verhältniswahl nach dem Reichswahlgesetz vom 30. Nov.

Von Assessor Hitzegrad, Vechta.

Unser Reichstag wurde nach den Grundsätzen des Mehrheitswahlrechts gewählt. Jeder Wahlkreis wählte einen Abgeordneten. Die Mehrheit war entscheidend. Nach dem neuen Wahlgesetz wird in jedem Wahlkreis nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Innerhalb des Wahlkreises wird die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten im Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf die Wahlvorschläge verteilt. Die Verhältniswahl soll dazu dienen, auch den schwachen Parteien, den Minderheiten, einen angemessenen Anteil an den Mandaten zu verschaffen. Um dies Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Verhältniswahlsysteme. Das neue Reichswahlgesetz hat das sog. belgische System gewählt. Nur dieses System soll hier erklärt und an Hand von Beispielen erläutert werden.

Vorauszuschicken ist, daß das zur Anwendung kommende Verhältniswahlrecht verbunden ist mit der Listenwahlordnung. Sie fordert die Aufstellung und Einreichung von Vorschlagslisten, auf dem sich die Namen aller zu wählenden Abgeordneten befinden müssen. Diese Vorschlagslisten müssen von mindestens einhundert Wählern unterstützt und 21 Tage vor der Wahl eingereicht sein. Die **Freiheit des Wählers** zur Nationalversammlung ist demnach stärker eingeschränkt als die des Reichstagswählers. Die Wahlordnung geht in der Bindung des Wählers noch weiter. Der Wähler darf sich nicht seinen Stimmzettel aus den Vorschlägen der verschiedenen Listen zusammenstellen, er ist vielmehr verpflichtet, die von ihm zu wählenden Abgeordneten einer Vorschlagsliste zu entnehmen. Stimmzettel, welche dieser Vorschrift zuwider Namen aus verschiedenen Listen enthalten, sind ungültig. Eine weitere Nichtberücksichtigung der Wünsche des Wählers liegt darin, daß über die Verteilung unter die Anwärter der einzelnen Listen nicht die Stimmenzahl entscheidet, welche der einzelne Anwärter auf sich vereinigt, sondern die Reihenfolge auf der Liste. Die Folgen dieses Systems der „strenggebundenen Listen" sind an sich bedauerlich. Auf die Wahl der von ihnen in die Nationalversammlung zu entsendenden Persönlichkeit. haben die einzeln. Wähler wenig Einfluß. Und das Band zwischen den Wählern u. den Abgeordneten wird merklich gelockert. Diese bedauerlichen Wirkungen werden aber dadurch ausgeglichen, daß die Parteileitungen, dem demokratischen Zeitgeiste entsprechend, bei der Aufstellung der Vorschlagslisten die Wünsche der Wähler möglichst berücksichtigen werden. Die gebundenen Listen haben aber ihr Gutes: Sie werden hoffentlich die Zersplitterung der Stimmen in vielerlei Parteigebilde verhindern und die Bildung weniger großer Parteien fördern. Dadurch wird das politische Leben Einheitlichkeit und Klarheit gewinnen.

Behufs Feststellung des Wahlergebnisses ist zunächst zu berechnen, wieviele Stimmen auf jede einzelne zuvor bei der Wahlbehörde eingereichte Liste (Wahlvorschlag) entfallen. Sodann ist zu ermitteln, wie viele Abgeordnetensitze jeder Liste zuzuweisen sind. Ueber die Zuweisung auf die einzelnen Listen bestimmt die geltende Wahlordnung: Zwecks Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Stimmzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Abgeordnetensitze, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die an letzter Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los. Ein Beispiel macht die Bestimmung am besten klar. Wir nehmen an, es seien, wie in unserem Wahlkreise 7 Abgeordnete zu wählen. Auf eine Gesamtstimmenzahl von 200 000 entfielen auf die Partei A 120 000, auf die Partei B 31 900, auf die Partei C 31 000, auf die Partei D 12 100 und auf die Partei E 5000 Stimmen. Dann würden die Abgeordnetensitze folgendermaßen verteilt. **(Die Höchstzahlen sind halbfett gesetzt):**

Landesbibliothek Oldenburg

	A	B	C	D	E
1.	120 000	31 000	31 000	12 100	5000
2.	60 000	15 950	15 500		
3.	40 000				
4.	30 000				
5.	24 000				
6.	20 000				

Es enthielten also die Partei A 5 Sitze, die Partei B 1 und die Partei C 1 Sitz. Die Partei D und die Partei E gingen leer aus. Das Ergebnis ist nicht befriedigend. Die Verteilungsart des belgischen Verfahrens beruht auf reiner Willkür. Die Zeitungen durch 1, 2, 3, 4 usw. lassen sich durch nichts begründen. Die stärkste Partei hat nur ein Fünftel an Stimmen mehr aufgebracht als die übrigen Parteien zusammen. Sie erhält aber anstatt drei Fünftel der Sitze fünf Siebtel. Das ist schon keine gerecht wirkende Verhältniswahl mehr. Die Willkür dieses Verfahrens tritt noch stärker hervor bei folgendem Beispiel: Die Parteien sind mit A, B, C, D, E, F bezeichnet. Angenommen es fielen auf die Liste A 54 000, auf B 10 700, auf C 10 600, auf D 10 500, auf E 10 400 und auf F 10 300 Stimmen. Die Aufstellung sieht dann so aus:

	A	B	C	D	E	F
1.	54 000	10 700	10 600	10 500	10 400	10 300
2.	27 000					
3.	18 000					
4.	13 500					
5.	10 800					
6.	9000					

Sind 5 Abgeordnete zu wählen, so erhält Liste A sämtliche Sitze, obwohl Liste A nur 1500 Stimmen über die absolute Mehrheit aufbrachte.

Diese ungeheuerliche Ungerechtigkeit des geltenden Verhältniswahlverfahrens wird nun aber erheblich gemildert durch die Möglichkeit, mehrere Listen miteinander zu verbinden. (**System der verbundenen Listen.**) Den Minderheitsparteien wird durch das Wahlgesetz anheimgestellt, eigene Listen aufzustellen, diese Listen aber durch die Erklärung beim Wahlkommissar spätestens am 7. Tage vor dem Wahltage als verbunden zu erklären. Dadurch erreichen sie, daß die verbundenen Listen bei der Verteilung der Mandate als eine einzige Liste betrachtet werden und ihr die ihrer Gesamtstimmenzahl entsprechende Zahl von Abgeordneten zugewiesen wird. Ist so die Zahl der ihnen insgesamt zuzuweisenden Abgeordneten festgestellt, so werden sie nach den oben erörterten Grundsätzen auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschläge unterverteilt.

Wären in dem letzten Beispiele die Listen B—F als verbunden eingereicht worden, so würden auf sie zusamen drei Mandate entfallen. Denn

	A	B—F
1.	54 000	52 500
2.	27 000	26 250
3.	18 000	17 500
4.	13 500	

Die drei auf die verbundenen Listen fallenden Sitze enthielten dann die Höchstzahlen B, C u. D. Würde B beispielsweise in falschem Vertrauen auf die eigene Stärke keine Verbindung eingehen, C, D und F würden aber ihre Listen verbinden, so würde B leer aus und C D und E erhielten je einen Sitz, Liste A 4 Sitze. *)

Nun können die Verhältnisse aber auch ganz anders liegen. Es kann sogar der Fall eintreten, daß die Minderheitsparteien durch ungeschickte Listenverbindungen Mandate weniger erhalten. Würde C sich lediglich mit D und E verbinden, so erhielte die verbundene Liste zwei Sitze und die Liste A 5 Sitze.

Zwei wichtige Folgerungen ergeben sich aus der geschilderten Gestaltung des Wahlrechts. Die Parteien werden sich erstens bestreben müssen, das mutmaßliche Verhältnis des Stimmenaufgebots der verschiedenen Parteien nach Möglichkeit zu ermitteln, um die Listenverbindung demgemäß vorzunehmen zu können. Die Parteien werden sich zweitens **bei dieser Wahl ganz besondere Mühe geben, jeden Wähler und jede Wählerin zur Wahlurne heranzuholen. Es muß den Wählern geradezu eingehämmert werden, daß infolge des neuen Wahlverfahrens jede Stimme viel schwerer in die Wagschale fällt als nach dem bisherigen Wahlrecht, daß jedwede Stimme den Ausschlag geben kann, daß fürderhin im neuen deutschen Reiche nach christlich-demokratischen oder nach radikal-sozialistischen Grundsätzen regiert werden soll.**

*) Anm. d. Verf.: Auch dies Beispiel ist ganz willkürlich gewählt ohne Anlehnung an die tatsächlichen Verhältnisse, lediglich um die Wirkung der Listenverbindung zu veranschaulichen.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Vechta, 12. Dez.

— **Löschung der zu erwartenden amerikanischen Nahrungsmittel dampfer in oldenburgischen Weserhäfen.** Wie uns mitgeteilt wird, ist der Demobilmachungskommissar vor einiger Zeit an das Reichswirtschaftsamt herangetreten und hat dringend ersucht, in Rücksicht auf die außerordentlich starke Belegung unseres Landes mit Truppen und in Hinsicht auf die in **oldenburgischen Weserhäfen** vorhandenen günstigen Entlöschungs- und Lagerungseinrichtungen wenigstens **einige der von Amerika mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen erwarteten Dampfer in den oldenburgischen Weserhäfen löschen zu lassen.** Die Vorstellungen sind erfreulicherweise von Erfolg gewesen. Das Reichswirtschaftsamt hat heute mitgeteilt, es solle veranlaßt werden, daß die zu erwartenden Lieferungen auf alle deutschen Häfen möglichst gleichmäßig verteilt werden; dabei würden die in den Weserhäfen vorhandenen Einrichtungen zum Aus- und Weiterladen in größtmöglichem Umfange in Betracht genommen werden. Diese Zusicherung wird angesichts der vielen trüben Nachrichten über die schlechte Ernährungslage in Deutschland für uns eine große Beruhigung sein. Es ist nur zu danken daß wir Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten und durch die Wahl der Nationalversammlung raschmöglichst zu geordneten gesetzlichen Zuständen kommen, damit die Entente keinen Vorwand hat, die Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen noch weiter hinauszuschieben.

— **Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegerheimstättenverein.** Viele Kriegsbeschädigte haben das Verlangen, ein eigenes Heim mit Gartenland zu besitzen, wo sie sich erholen können von den Anstrengungen und Leiden des Krieges, wo sie auch zugleich einen lohnenden Nebenerwerb finden. Der Kriegerheimstättenverein hat schon in zahlreichen Fällen den Kriegsbeschädigten beim Erwerb eines eigenen Heims helfen können, und er hofft, wenn die Baufähigkeit erst wieder einsetzt, noch recht vielen Kriegsbeschädigten bei der Errichtung einer Heimstätte ratend und helfend zur Seite stehen zu können. Dabei ist es aber nicht seine Absicht, wie man an einigen Stellen zu glauben scheint, die Kriegsbeschädigten zusammen in Kolonien anzusiedeln. Wenn er auch nicht die Befürchtung teilt, als könnten beim Zusammenwohnen die Kriegsbeschädigten zu sehr und zu oft über ihre Leiden sprechen, so meint er doch, daß am besten Krieger und Nichtkrieger, Gesunde und Beschädigte, durcheinander wohnen, um sich gegenseitig zu helfen und zu fördern.

— Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt für hervorragende Tapferkeit Gefreiter Klem. Ostendorf.

⊙ **Holdorf**, 10. Dez. Nun prangt auch Holdorf im Flaggenschmuck zu Ehren unserer heimkehrenden Krieger. Am Freitag voriger Woche waren schon an 80 Soldaten untergebracht. Doch wurden diese schon am Sonntag in die Heimat entlassen. Gestern zogen zwei Bagagekolonnen, welche auf der Fahrt nach Dinklage waren, hier durch. In der zurzeit leerstehenden Küsterwohnung hat man Schreibstuben eines Materialiendepots untergebracht. Größere Truppenmengen werden erwartet.

= **Damme**, 11. Dez. Auszeichnung. Krankenträger Franz v. Lehmden und Bern. Handorf, beide aus Osterfeine, erhielten das Eiserne und das Friedrich-August-Kreuz.

✤ **Damme**, 10. Dez. Unsere „Besatzung" fühlt sich hier ganz wohl. Da es ihr aber an Arbeit fehlt, gehen tagsüber viele Feldgraue aufs Land und suchen Einkäufe an Lebensmitteln zu machen, besonders an Fleisch, Speck, Butter usw. Ihr erster Blick beim Eintritt ins Haus richtet sich gewöhnlich aufwärts nach dem jetzt ziemlich besetzten Wiemen. In den meisten Fällen werden sie aber mit einem Butterbrot abgefunden. Zwei Landwirten sind in der Nacht auch schon eine Anzahl frischer Würste vom Wiemen verschwunden.

⊗ **Neuenkirchen i. O.**, 10. Dez. Am 8. Dezember tagte hier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Katholiken der Gemeinde Neuenkirchen, in welcher Präses Krone aus Vechta einen sehr eindrucksvollen Vortrag hielt über die jetzige Lage in Deutschland, insbesondere über die der konfessionellen Schule drohenden Gefahren. Im Anschluß an den Vortrag wurde dann eine Zweigstelle der katholischen Schulorganisation gegründet. Ferner wurde der Gemeindeausschuß der Zentrumspartei durch Zuwahl von Mitgliedern aus allen Ständen und von Frauen ergänzt. Herr Lehrer Warnking machte die Versammlung noch besonders darauf aufmerksam, daß man auf die Flugblätter und Bücher achten solle, die verbreitet würden, da sehr viel Schund darunter sei. Auch solle man sich nicht von jedem Schreier in Angst setzen lassen, sondern ihm mutig entgegentreten, dann sei ihm der Mund meist bald gestopft. Nachdem noch einige Redner die Anwesenden zur kräftigen Wahlarbeit aufgefordert hatten und insbesondere Herr Lehrer Thoben zu Herzen gehende Worte an die Versammlung gerichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen mit der einstimmigen Annahme eines **Protestes gegen jede Trennung von Kirche und Staat und gegen die Einführung der konfessionslosen Schule.**

⊙ **Cloppenburg**, 10. Dez. Das Aula-Konzert am vorigen Sonntag brachte einen überfüllten Saal. Der Zeit entsprechend wurden von unseren Oldenburger Künstlern Kufferath, Düsterbehn, Klapproth und Möckel nur ernste Sachen geboten, die die Zuhörer mächtig ergriffen und ungeteilten Beifall fanden. Gut aufgenommen wurden auch die eingelegten Weihnachtsstücke: „Vom Himmel hoch da komme ich her" und „O du fröhliche, o du selige Weihnachtszeit". Alles in allem: Der Abend darf wieder als recht gut gelungen bezeichnet werden.

Cloppenburg, 11. Dez. Eine Volksversammlung findet am Sonntag, dem 15. Dez. nach beendetem Hochamte in der „Walhalla" statt. In derselben sollen wichtige Schulangelegenheiten behandelt werden. Alle Männer und Frauen der Pfarrgemeinde sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Cloppenburg, 11. Dez. In den nächsten Tagen gelangen Zuckerkarten für Dezember zur Ausgabe. Die Zuckerkarten sind nur gültig, wenn sie mit einem Wappen versehen sind. Vom 18. Dezember an dürfen bei den Kaufleuten nur noch Wappenkarten eingelöst werden. Karten ohne Wappen, gegen die bis 18. Dezember kein Zucker erlangt werden konnte, können bis zum 21. Dez. gegen Wappenkarten beim Amte umgetauscht werden. Nach dem 21. Dez. wird jeder Umtausch abgelehnt.

Den A.-S.-R. Oldenburg-Ostfrieslands,

die, wie bereits mitgeteilt, in Oldenburg am Freitag beschlossen, daß die Mitglieder der ASR. sich im **Sinne des Sozialismus zu betätigen haben**, hält der freisinnige Vareler „Gemeinnützige" unter Heranziehung der von der „Oldenburgischen Volkszeitung" bekundeten ablehnenden Auffassung eine Vorlesung über Demokratie, gegen deren Grundsatz die ASR. sich durch ihren Beschluß vom Freitag auf das schwerste versündigt haben. Das Blatt sagt, daß der Beschluß eine Bindung des Gewissens bedeute und damit den Ausschluß jeder anderen Gesinnung von der Mitarbeit. Das sei **durch und durch undemokratisch.** Die ASR. hörten nach diesem Beschlusse auf, Vertreter der Gesamtheit zu sein, sie könnten nicht einmal mehr als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft angesprochen werden. Wörtlich heißt es weiter: „Die Macht der ASR. bedeutet also jetzt in unserem Lande eine **einseitige Parteiherrschaft**, die uns gänzlich fremd ist und die dem demokratischen und liberalen Wesen unserer Bevölkerung keineswegs entspricht." Mit vollem Recht weist das Blatt ferner darauf hin, daß bisher die Sozialdemokratie für die Anerkennung der Gleichberechtigung gekämpft habe und sagt dann, daß man **entschieden Einspruch** dagegen erheben müsse, wenn die Sozialdemokraten jetzt nach umgekehrten Prinzipien verfahren wollen, in der Weise, daß nur die Betätigung im sozialistischen Sinne zur Mitgliedschaft in den ASR. fähig mache. Gegenüber der bisherigen politischen Freiheit in Oldenburg erblickt das Blatt in dem Beschluß des ASR. einen **Rückschritt**, den man im Lande nicht verstehen werde. Darüber hinaus bedeute er eine Verschärfung der Lage, denn die ASR. würden unter solchen Umständen **nicht mehr als Vertreter des Volkes angesehen** werden können, und die Geschichte würde über diese Revolutionseinrichtung ein kompromittierendes Urteil fällen müssen. Im Münsterlande werden die ASR., wie wir schon betont haben, kein Verständnis finden für ihren Beschluß vom vorigen Freitag. Wir haben bisher es als Aufgabe der ASR. angesehen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und sie deshalb in ihrer Arbeit unterstützt. Die politische Betätigung ist nach unserer Auffassung Sache der politischen Parteien. Sollte versucht werden, unsere ASR. auf dieses politische Gebiet zu drängen, so müßten wir dagegen den schärfsten Kampf aufnehmen.

Sehnsucht.

Verstoßen von des Rheines Strand
Durch fremder Völker rauhe Hand;
Entfernt vom schönen Köln am Rhein,
Zieh'n wir im Norden Deutschlands ein.

In Feindesland so lange Zeit,
Da standen wir in Kampf und Streit,
Und als es ging ins Vaterhaus,
Da kam der Feind, trieb uns hinaus!

Vom Feind besetzt das Heimatland,
Wir selbst vom Vater Rhein verbannt,
Erhoffend eine bess're Zeit,
Nach all der Not und bittrem Leid.

Vechta, 5. Dez. 1918. **W. Rübsamen** 3/65.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 12. Dez.

(—) Über unsere 91er erhalten die N. f. St. u. L. von einem Angehörigen des Regiments folgende, vom 6. Dezember datierte Nachricht: Unser Regiment marschiert durch den Westerwald, das Lahntal nach Marburg, wo wir höchstwahrscheinlich verladen werden und gegen Mitte des Monats dort eintreffen. Wir marschierten ab Laon durch herrliche Gegenden, die Ardennen, das Ahrtal, den Rhein herauf und nun durch den Westerwald. Der Empfang unseres Regiments durch die Dorfbewohner war stets ein guter, wie auch die Aufnahme selbst. Alle Dörfer haben auch geflaggt. Die Haltung und Disziplin unseres Regiments sind, wie garnicht anders zu erwarten, recht gut; wir haben deswegen manches Lob bekommen.

(—) Nach der Entlassungs-Bestimmung des Kriegsministeriums vom 2. Dez. hat die Anmeldung Entlassener bei dem Bezirkskommando zur Kontrolle erst zu erfolgen, wenn öffentlich dazu aufgefordert wird. Anträge auf Entlassungsgeld können auch dann erst gestellt werden.

(—) Brot-, Fleisch- und Fettkarten werden am 12. und 13. in Eilers Restaurant gegen Vorlegung der Stammkarten ausgegeben.

(—) **Mariner drangen** in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in das Haus des Herrn G. Siems und verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Summe von 30 000 *M*. Die Knechte und der Sohn des Hauses wurden ebenfalls mit Revolvern bedroht. Doch gelang es einem Sohne, nach Nachbarn zu eilen, um von ihnen Hilfe herbeizurufen. Als die Räuberbande dies merkte, nahm sie Reißaus.

(—) **Die Kunstausstellung** im Augusteum ist noch bis einschließlich Sonntag, 15. Dez., geöffnet.

+ **Rüstringen**, 10. Dez. Ueber die am Sonntag, dem 8. d. Mts., im Saale der „Burg Hohenzollern" zu Wilhelmshaven abgehaltene Wahlversammlung der deutschen Volkspartei erhalten wir noch folgenden Bericht: Der Rüstringer Kreisschulinspektor Stukenberg ließ mehrere Male ohne äußere Veranlassung mit deutlicher Verneigung gegenüber der augenblicklich herrschenden Sozialdemokratie den Kriegsruf gegen das Zentrum erschallen: Rom wühlt! Rom wühlt! In diesen Worten liegt eine dreifache Beleidigung der Zentrumspartei. Zunächst kann das Wort „Rom" bedeuten, das Zentrum sei vaterlandslos. Auf diese Anklage möchte ich dem Herrn, den ein gütiges Geschick vor dem Vaterlandsdienst im Kriege bewahrt hat, antworten, daß Hunderttausende von Zentrumsleuten in diesem Kriege ihr Leben für das Vaterland hingegeben haben, und daß ihm recht schlecht ansteht, dem Zentrum in dieser Hinsicht Vorwürfe zu machen. Ferner kann in dem Worte „Rom" der Vorwurf liegen, daß das Zentrum eine klerikale Partei sei. Auf diesen Vorwurf erwidere ich, daß das Zentrum von Laien geleitet wird und daß es nach seinem Programm das Wohl des ganzen Volkes anstrebt. Wenn die katholischen Geistlichen für das Zentrum eintreten, so liegt das daran, daß das Zentrum die einzige Partei ist, in der das Christentum Schutz findet. Mögen auch andere Parteien für das Christentum eintreten wie das Zentrum, dann werden sie auch auf die Mitarbeit der katholischen Geistlichen rechnen können. In dem Worte „wühlt" liegt der Vorwurf, daß das Zentrum eine lichtscheue Arbeit treibe. Diesem Vorwurf setze ich entgegen, daß das Zentrum, soweit ich es als Zentrumsmann kenne, das Licht nicht zu scheuen braucht. Es wirkt in öffentlichen Versammlungen nach dem Recht, das ihm gesetzlich zusteht, für seine Ideale. — Es ist traurig, daß selbst Leute, die die Vaterlandsliebe als ihr Monopol betrachten, in diesen schweren Zeiten **Zwietracht unter das deutsche Volk** säen. Es scheint, daß der am 30. November d. Js. vom sozialdemokratischen preußischen Kultusministerium unter dem Stichwort „Richtlinien und Arbeitsziele" bekanntgegebene Absatz 12: „Ein Verzeichnis geeigneter Anwärter bei Erneuerung des Beamten- und Lehrkörpers wird angelegt" auch in Rüstringen Eindruck gemacht hat. Zugleich sehen die Zentrumsleute in Rüstringen und Wilhelmshaven, was auch ihnen bevorsteht, wenn auch ihre Schulen der Leitung des Herrn Stukenberg unterstellt werden.

Nah und Fern.

(!) **Wilhelmshaven**, 9. Dez. Berichtigung. Der in Nr. 286 vom 11. Dezember veröffentlichte Versammlungsbericht bezieht sich nicht, wie uns mitgeteilt wird, auf eine Versammlung der deutschdemokratischen Partei, sondern der deutschnationalen Partei.

Briefkasten.

H. H. E. Die erste Nachricht über die Hausschlachtungen stammt aus Berlin und ging von der Regierung aus. Was die Berliner unter „schlachtreife Schweine" verstehen, ist uns unbekannt. Hoffentlich kommt bald eine klare Bestimmung.

Geld schafft Waffen für den Wahlkampf!

Neueste Nachrichten.

Eine Denkschrift des Grafen Hertling.

tu. **München**, 11. Dez. (Drahtb.) Wie der M. Augsburger Abendztg. gemeldet wird, wird der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling in den allernächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Oeffentlichkeit treten.

Die Münchener Artilleriewerkstätten in Flammen.

tu. **München**, 11. Dez. (Drahtb.) Die Münchener Artilleriewerkstätten stehen bei starkem Wind seit heute Nacht in Flammen.

Bedrohliche Streikanzeichen in England.

tu. **Bern**, 11. Dez. (Drahtb.) Das Berner Intelligenzblatt meldet aus London, daß dort bedrohliche Streikanzeichen unter der Arbeiterschaft bemerkbar werden. Welchen Umfang die gegenwärtig im Gange befindliche Bewegung hat, läßt sich noch nicht ermessen, da die Zensur aus England nichts herausläßt. Ein Generalausstand wurde im letzten Augenblick durch das Entgegenkommen der Regierung und des Handelsamtes verhindert.

Eine internationale Weltkonferenz nach Friedensschluß.

TU. **Basel**, 11. Dez. Wie die Baseler Nachrichten aus zuverlässiger Londoner Quelle vernehmen, wird unmittelbar nach Abschluß des Friedens zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eine internationale Weltkonferenz sämtlicher Mächte, auch der Neutralen, einberufen zum Zwecke des Anschlusses an den Völkerbund.

Leitmeritz von den Tschechen besetzt.

TU **Prag**, 11. Nov. (Drahtb.) Gestern früh ist Leitmeritz von den Tschechen besetzt worden. Der Bürgermeister reichte einen öffentlichen Protest gegen die Besetzung ein und erklärte, sich nur der Gewalt fügen zu wollen. Eine gemischte Verwaltungskommission wurde eingesetzt.

Einlaufen einer Ententeflotte in Pola.

Wien, 11. Dez. (Drahtb.) Dem Fremdenblatt wird aus Laibach gemeldet: Eine Flotte, bestehend aus französischen, englischen, amerikanischen und japanischen Kriegsschiffen bestehend, ist in Pola eingelaufen, wo ein Teil der südslawischen Flotte unter der italienischen Flagge vor Anker liegt. Der kommandierende amerikanische Admiral erkundigte sich, warum die südslawischen Kriegsschiffe nicht auch die Flaggen sämtlicher Verbündeten führen. Schließlich wurde auch die amerikanische Flagge gehißt.

Bestellungen

auf die „Oldenburgische Volkszeitung" nehmen alle Postanstalten, unsere Agenturen und Boten jederzeit entgegen.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Vechta.
Druck und Verlag: Vechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Vechta.

Landesbibliothek Oldenburg

Generalkommando 10. Armeekorps.
Abt. 1e Nr. 35066 G.

Achtung!

Kriegsgefangene aufgreifen!

Die Entweichungen der Kriegsgefangenen aus den Lagern und Arbeitskommandos haben in letzter Zeit einen großen Umfang angenommen. Die einzeln und in Trupps bis zu 100 Mann herumstreifenden Gefangenen bedeuten für die gesamte Bevölkerung, insbesondere für das platte Land eine ungeheure Gefahr. Die Gefangenen haben offen erklärt, daß sie sich Lebensmittel auf eigene Faust verschaffen würden. Einbrüche und Plünderungen sind daher mit Sicherheit zu erwarten, wenn nicht auch die Zivilbevölkerung im Einvernehmen mit den Militär- und Zivilbehörden in ihrem eigensten und im vaterländischen Interesse alles daransetzt, um weitere eigenmächtige Entfernungen der Gefangenen von den Arbeitsstellen zu verhindern sowie die entwichenen Kriegsgefangenen aufzugreifen und dem nächsten Gefangenenlager zuzuführen.

Die bisher für die Wiederergreifung von Gefangenen ausgesetzten Belohnungen werden nach wie vor ausgezahlt.

Das Verbleiben der Kriegsgefangenen auf ihren Arbeitsstellen und in ihren Lagern ist auch für die Gefangenen selbst das allein Zweckmäßige, weil sie nur dann mit baldiger Heimbeförderung, die in einigen Lagern bereits begonnen hat, rechnen können.

Arbeiter- und Soldatenrat Hannover.
gez. Mey.

Der kommandierende General.
gez. Schmidt v. Knobelsdorf.

Generalkommando 10. A. K.
Abt. Demob. Pferde Nr. 3234.

Ankauf von Pferden.

Dauernd laufen beim Generalkommando Anträge auf Ausstellung von Bescheinigungen ein, die zum Ankauf von Pferden berechtigen. Das Generalkommando läßt darauf hinweisen, daß nur rote und weiße Pferdekarten für den Pferdeankauf Gültigkeit haben. Auf Grund der von Gemeindevorstehern usw. ausgestellten Bescheinigungen werden Pferde nicht abgegeben. Die Pferdekarten werden lediglich von den Landräten, Magistraten usw. ausgestellt. Anträge an das Generalkommando sind daher zwecklos.

Sämtliche Fabriken des Staatsgebietes werden angewiesen, die Instandsetzungen von Betriebsmitteln öffentlicher Werke, insbesondere Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke vorzugsweise fertigzustellen.

Der Demobilmachungskommissar
Dursthoff.

Amtsvorstand, Arbeiter- und Soldatenrat.
Vechta, den 9. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Die bisherigen für die Stadt Vechta bestimmten Butterverkaufsstellen werden aufgehoben und werden dafür von Beginn der nächsten Dekade (12. d. Mts.) bei folgenden Kaufleuten:

Johann Bojert, Bremertor,
Josef Aumann, Mühlenstraße,
Josef Thöle, Großestraße,
Franz Fritzheim, gr. Kirchstraße,
Georg Lansermann, gr. Kirchstraße

neue Verkaufsstellen eingerichtet. Kückens.

Von heute ab kommt auf Abschnitt 9 der weißen Waren-Karte der Monatszucker für Dezember zur Ausgabe.

Auf Abschnitt 1 der roten Warenkarte wird 150 Gramm Käse ausgegeben.

Vechta, 11. Dezember 1918. Stadtmagistrat.

Pferde-Verkauf.

Am Donnerstag, dem 12. Dezember, Freitag, dem 13. Dezember und am Sonnabend, dem 14. Dezember, vorm. 9 Uhr, kommen auf dem Pferdemarktplatz in Oldenburg

je zirka 150 Pferde

eichteren und schweren Schlages aus den Beständen hiesiger Truppenteile öffentlich meistbietend zum Verkauf. Zum Kaufe werden nur solche Interessenten zugelassen, welche durch einen Ausweis, vom Gemeinde- bezw. Amtsvorstand ausgestellt, nachweisen können, daß die Pferde nur für eigenen Betrieb erstanden werden sollen. Inhaber von vorbezeichneten Ausweisen, sowie roten und weißen Pferdekarten haben beim Kauf Händlern gegenüber den Vorzug. Halfter und Stricke sind vom Käufer mitzubringen.

Der Verkauf von Zuchtstuten wird nach wie vor durch die hiesige Landwirtschaftskammer geregelt und sind diesbezügliche Kaufanfragen nach dort zu richten.

J. A. des Garnisonkommandos:
Die Pferdeverkaufs-Kommission
Brauer. Thiele.

Habe mehrere Ladungen

prima Erlen-Sägemehl

für Räucherzwecke abzugeben. Gebe dasselbe auch sackweise ab.

Heinr. Tepe, Dinklage.

Ein kleines Anwesen

möglichst mit Gebäuden, ca. 60 Scheffelsaat, zu kaufen gesucht. Angebote unter K. L. 670 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Generalkommando 10. A. K.
Abt. Ia. Nr. 102518.

Warnung vor dem Handel mit Waffen und Ausrüstungsstücken.

Wie verlautet, wird in Berlin ein schwunghafter Handel mit Waffen und Ausrüstungsstücken aller Art getrieben, die in den meisten Fällen Eigentum des Militärfiskus sein werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Handel auch in anderen Städten vor sich geht. Es wird hiermit auf das Strafbare eines solchen Handels hingewiesen und ausdrücklich davor gewarnt. Geschäfte und Schenkwirtschaften, die derartigen Handel unterstützen, werden behördlich geschlossen werden. Waffen usw., die als Staatseigentum zu betrachten sind, werden sofort beschlagnahmt.

Helft unsere Verwundeten!!

Große Rote Kreuz-Geld-Lotterie.

Ziehung am 3. Januar 1919.
50 000 Mk. 30 000 Mk.
25 000 Mk. 20 000 Mk.
15 000 Mk. usw.

Lose zum Preise Mk. 3.30 inkl. Porto und Liste gegen Voreinsendung, auch Nachnahme, durch

Bankhaus Zihler, Hamburg 23,
Haupt-Lose-Zentrale.

Holz-Verkauf.

Hofbesitzer Meyer, Seligenhof zu Neuenkirchen i. O., läßt

am Montag, dem 16. Dezember,
mittags 11 Uhr pünktlich anfangend,

zirka 30 Nummern Eichen,
davon mehrere 1 Meter Durchmesser,
„ 150 Nummern Tannen,
leichtes Bauholz,
„ 20 Nrn. dicke Buchen,
„ 25 Nummern Eichen- u. Birkenschlagholz

öffentlich mit Zahlungsfrist verkaufen.

Versammlung bei B. Himmenkamp.
Käufer ladet ein

B. Wöbkenberg.

Holz-Verkauf.

Am Freitag, 3. Jan., mittags 12 Uhr anfangend, läßt der Vollmeyer W. Kröger zu Goldenstedt auf Hofmanns Hofe

70 Stämme teils sehr schwere Eichen, 3 Scheunen und 1 Speicher zum Abbruch

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Das Holz, das vom vorigen Verkauf noch da steht, wird mit verkauft.

Goldenstedt. D. Scheele.

Holz-Verkauf.

Zeller Herm. Kamphaus in Langwege läßt

am Montag, dem 16. Dezember 1918,
mittags 1 Uhr,

an der Holdorf-Badberger Chaussee

60 bis 70 Nrn. dickes Birken- und Erlen-Brennholz

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Versammlung bei Pächter Hilgefort.
Käufer ladet freundlichst ein

Dinkage. Ostendorf, amtl. Aukt.

Oeffentlicher Verkauf.

Zeller Bernhard Bergmann in Cloppenburg läßt am

Freitag, dem 13. Dezember 1918,
vormittags 11 Uhr anfangend,

auf seinem Hofe öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen:

30 Stämme schwere Eichen,

Bauholz, passend für Bauunternehmer, Stellmacher und Tischler, ferner

2 beste Weiderinder, 1 gute Mahlmühle mit Steinen für Pferdebetrieb, 1 schwere Löffelegge, 1 Egge, zwei Stellpflüge, 1 emaill. Kochmaschine, 1 Kindersportwagen, 2 Milchtransportkannen, 1 Spinnrad, eine Brotschneidemaschine, 2 Feuerhahle, mehrere Sturmlaternen u. sonst. Lampen.

Kaufliebhaber ladet freundlichst ein

Cloppenburg. Johannes Bunten,
Rechnungsteller.

Militärmusiker

erteilt vorz. Geigenunterricht an Anfänger bis zu höchster Fertigkeit. Gefl. Angebote zu richten an

Buchhandlung Terwelp.

Für meinen Geschäftshaushalt suche zu baldigstem Eintritt ein umsichtiges, erfahrenes

Mädchen,

welches selbständig zu wirtschaften versteht, und ein jüngeres Zweitmädchen, welches kinderlieb ist.

Frau Joseph Hansen, Telgte.

Habe eine hochtrag.

Quene

zu verkaufen.

F. Westerkamp, Oythe bei Vechta.

---

1 tragende Quene

zu kaufen gesucht.

Hagena, Stoppelmarkt.

Ein kleines

Landgut

mit neuen Gebäuden, u. 25 Scheffs. erstkl. Ackerboden, sowie 100 Stück tragbaren Obstb., in einem Komplex, steht zu verkaufen. Selbes liegt in unmittelbarer Nähe einer Kreisstadt im Oldenburgischen Münsterland, mit höheren Schulen und guten Bahnverbindungen. Angenehme Lage. Anfrage unter Nr. K. 165 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Pächterei gesucht

(40—60 Scheffelsaat). Angebote unter Nr. 12 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hier hersehen!!

Wer verkauft lose Nähgarnrollen jed. Art und Größe?

Angebote unter K. E. 2 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zugelaufen

2 schwarzbunte Rinder. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei

Zeller B. Pille, Schemde b. Steinfeld.

Fahrrad,

neu, mit prima Friedensgummi, Torpedo-Freilauf mit Rücktritt, verkauft

D. Lehners, Bahnassistent Vechta.

Zu kaufen gesucht ein

kl. Puppenwagen.

Nachzufragen in der Geschäftsstelle dieses Bl.

Zu verkaufen ein

Pelzkragen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche auf sofort oder später eine

Wohnung

im Preise von 200—250 Mark im Zentrum der Stadt. Angeb. unter B. J. 85 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein nickelplattiertes

Pferdegeschirr,

fast neu, zu verkaufen.

Mühlenstr. 11, links.

Habe

2 Pferde

zu verkaufen, 8 und 10 Jahre alt (Russen), auf Wunsch mit Geschirr, sowie einen belgischen

Wagen,

passend für schweres Fuhrwerk.

Kötter Stucke, Brockdorf.

---

50 000 Mk.

gegen mäßige Zinsen auf sichere Landhypotheken im ganzen und geteilt zu vergeben.

Bavendiek, Aukt., Mühlenschulen

Habe meine

Praxis

wieder aufgenommen.

Tierarzt Wewer,
Cloppenburg.
Fernsp. 24.

Kann vorläufig

keinen Hafer

zur Verarbeitung zu Grütze mehr annehmen.

A. Baumann,
Bühren b. Schneiderkrug.

Wiederverkäufer.

Elastische Hosenträger zu billigsten Engrospreisen. Musterpaare gegen Nachn.

Gerhard Bruns,
Oldenburg.

Offizierstellvertreter, kath., gesund, d. angen. Äußern, gutem vornehm. Char., aus guter Familie, Militäranwärter, im Besitze d. Zivilversorgungsscheines, möchte sich gerne selbständig machen und wünscht daher baldige

Einheirat

in ein gutgehendes Geschäft, am liebsten mittlere oder größere Landwirtschaft. Damen, auch Witwen, von gut. Char. bitte ich ausführl., wahrheitsgetreue Off., mögl. mit Bild, welches zurückgesandt wird, unt. „Postlagernd K. 24 Oldenburg i. Gr. senden zu wollen.

Knaben von zehn Jahren b. guten, kathol. Leuten unterzubringen gesucht.

Angeb. an die Filial-Expedition Oldenburg, Achternstr. 51, erbeten.

Suche auf sofort einen

Tischlerlehrling.

H. Möllers, Schreinerm., Dinklage.

Gesucht werden:
1 Schuhmachergeselle,
1 Knecht,
1 Heizer,
1 Schwarzbrotbäcker.

Stellung sucht
1 Molkereiverwalter.

Die Stellenvermittlung ist kostenlos.

Arbeitsnachweis.
Geschäftsstelle Lohne.
Carsten, Geschäftsführer.

Ein kath. unverheirat.

Mann

gesucht für Bedienung der Dampfheizung und elektrische Anlagen. Antritt sofort.

St. Willehad-Hospital, Wilhelmshaven.

Wegen Abgang der Kriegsgefangenen suche auf sofort einen tüchtigen

Bauschulten,

der gut mit Pferden umgehen kann, und ein

Dienstmädchen.

Herbers, Spreda.

Junges Mädchen vom Lande, 20 Jahre alt, im Nähen etwas erfahren, sucht Stellung als Stütze auf sofort od. später, am liebsten in der Nähe von Vechta.

Offerten erbeten an Bernhard Schwerter, Barnhorn Amt Vechta.

Zahn-Praxis

Oskar von Schickh, Dentist,
Tel. 1703 Oldenburg i. Gr. Tel. 1703
Friedensplatz 3.

Spezialität: Kronen u. Brücken, das sind Zähne ohne Gaumenplatte, Gold wieder vorrätig, Unarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Plomben in allen Arten. Auswärt. Patienten rascheste Erledigung zugesichert.

Hausschlachtung.

Den Bewohnern von Dinklage und Umgegend zur Nachricht, daß ich vom Militär entlassen bin und vom heutigen Tage das Schlachten von jeglichem Vieh, auch Notschlachtungen übernehme.

Julius Dickmann, Schlachter,
Dinklage — Markt.

Telefonisch zu erfragen bei A. Bahlmann, Telefon Nr. 36.

Elektrische Beleuchtungskörper,

Tischlampen, Zuglampen, Kronleuchter in großer Auswahl und in jeder Preislage empfiehlt

F. W. Buchmeyer, Bremen,
Knochenhauerstraße 39/40. Fernsprecher Roland 608 und 660.

Langförden.

Nehme am Freitag von 8 bis 11 Uhr

Geflügel und Kaninchen

am Bahnhof zu hohen Preisen ab

D. Borchers, Vechta.

Praktisches

Weihnachtsgeschenk

ist ein **Sparbuch** der

Quakenbrücker Bank
Hermans & Cie.

Zins 4% fest.

Achtung!

Anfertigung sämtlicher Haararbeiten, Flechten, Perrücken, Uhrketten, Broschen u. s. w.

Große Auswahl in Flechten sowie Puppenperrücken.

Georg Schmalz, Friseur,
Vechta.

Schaf-Verkauf

zu Bahnhof Goldenstedt.

Am Samstag, dem 14. Dezember,
vormittags 10 Uhr,

bei Wirt Strasburg zu Bahnhof Goldenstedt werde ich

11 Stück tragende ostfriesische Schafe und 1 Ziege

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer lade ein.

Vechta. B. Menke.

Holz-Verkauf.

Am Dienstag, dem 17. d. M.,
mittags pünktlich 12 Uhr anfangend,

läßt Kolon H. Ansmann in Wahlde

85 Nummern Eichen,
geeignet für leichtes Bauholz, Einfriedigungspfähle und Dielen,
50 Nrn. schwere Buchen,
zu Nutz- und Brennholz,
30 Nummern Birken,
passend für Holzschuhmacher und Brennholz,
30 Nummern Tannen,
geeignet für leichtes Bauholz, Latten und Einfriedigungspfähle,

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer ladet ein

Neuenkirchen. G. Thamann.

Landesbibliothek Oldenburg